17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke

Faire und sichere Arbeitsbedingungen durch flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, im Bundesrat dem Entschließungsantrag „Faire und sichere Arbeitsbedingungen durch Implementierung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes“ (Drucksache 816/11) zuzustimmen.

Begründung:

Die Debatte um einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in der Bundesrepublik Deutschland reißt zu Recht nicht ab. Die Zahl der Menschen, die trotz Vollzeitbeschäftigung auf zusätzliche Leistungen entsprechend des SGB angewiesen sind, hat allein in Berlin die Marke von 120.000 überschritten. Niedriglöhne belasten aber nicht nur die momentanen Beitragszahler der Sozialkassen, sondern bedeuten auch für die Betroffenen Renten, die unter der Armutsgrenze liegen. Es nicht zu verantworten, dass Unternehmen mit Niedriglöhnen auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auf Kosten der Allgemeinheit extra Profite machen.

Berlin, d. 01. Februar 2012

U. Wolf H. Wolf E. Breitenbach
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke